
Der Hasardeur am Ballhausplatz

Barbara Tóth

Jubiläumsfeier gab es keine. Am 8. August jährte sich der Tag der offiziellen Amtsübergabe Alfred Gusenbauers an Werner Faymann an der Spitze der SPÖ. Was hatte der Nachfolger in seinem durchorchestrierten Wahlkampf auf den knallroten Plakaten nicht alles versprochen: Eine neue Politik. Einen neuen Stil. Ein Ende des Streites. Und allerlei soziale Wohltaten. 365 Tage später ist die »Marke Faymann« (denn nicht viel anderes war das, was in einer Ho-Ruck-Aktion in einem Blitzwahlkampf den Wählern präsentiert wurde) verblaßt wenn nicht entzaubert.

Unterdessen erlebt der einst so gescholtene Vorgänger eine sanfte Renaissance. Das mag an Gusenbauers Rollenwechsel liegen – als jugendlicher Elder-Statesman mit einem Bauchladen an Beraterjobs von der Baubranche (spanischer Baukonzern FCC) über die deutsche WAZ-Mediengruppe bis zum Immobilienentwickler Rene Benko manövriert es sich allemal leichter durch die Medienlandschaft denn als Kanzler. Aber auch an der Urteilskraft der schreibenden Kollegen. Was aus dem Moment heraus aufgeregt als unmögliche Chuzpe theatralisiert wurde (»Gesudere«), wirkt mittlerweile vielleicht sogar wie der Beweis für eine erfrischende Unverblümtheit, die der allzeit lächelnde Nachfolger schmerzlich vermissen läßt.

Offen bleibt die Frage, was im Vorfeld dieses ungewöhnlichen Machtwechsels an der Spitze der SPÖ vor über einem Jahr passiert ist. An wem scheiterte Gusenbauer wirklich? Am streitlustigen Koalitionspartner? Diese – bequeme – Dolchstoßlegende wird vor allem von seinem ehemaligen, engsten Umfeld verbreitet. Oder wurde ihm der Widerstand in der eigenen Partei zum Verhängnis? War Gusenbauers Sturz also ein Fall von politischem »Mord«, wie ihn die politische Landschaft Österreichs bis dato vor allem in serieller Abfolge seitens der Volkspartei kannte? Welche Rolle spielte seine unvoreilhaftige Darstellung in den Medien bei seinem Niedergang? Und scheiterte er am Ende nicht vielleicht schlicht und ergreifend an sich selbst?

Der Fall Gusenbauer ist in der jüngeren Zeitgeschichte jedenfalls beispieldlos – auch im europäischen Vergleich. Der Mann mit der perfekten sozialistischen Aufsteigerbiografie und dem zweifelsohne hohen, intellektuellen Anspruch war der am kür-

zesten dienende Kanzler der Zweiten Republik (in der Ersten Republik halten der Christlichsoziale Walter Breisky und Hitler-Satrape Arthur Seyß-Inquart den Rekord). In seiner Beurteilung fehlte der Öffentlichkeit wie auch seiner eigenen Partei von Anfang an jegliches Maß. Gusenbauer polarisierte. Er wurde gleichermaßen gehaßt und vergöttert, verspottet und bewundert. Seine Kritiker (sie waren in der Mehrzahl) scheuten auch vor persönlichen Attacken nicht zurück (»Gruselbauer«). Seine spärlichen Unterstützer setzten dem ebenso überzogene Lobeshymnen entgegen, was manchmal sektenartige Züge annahm. Irgendwo dazwischen liegt die realistische Bewertung des Politikers und Menschen Gusenbauer, die bis heute aussteht.

Ein Jahr ist eine gute Distanz, um nach einer Erklärung jener denkwürdigen Vorgänge rund um Gusenbauers Abgang zu suchen, die nicht nur der tagesaktuellen Medienhektik, sondern auch dem Wunsch nach historischer Einordnung gerecht wird. Die Wogen der Kritik am Vorgänger glätten sich gleichermaßen wie sich die Sicht auf den Nachfolger klärt – und geben den Blick frei auf eine Episode österreichischer Zeitgeschichte, die vor allem als eines in die Annalen eingehen wird: als Beispiel für die gefährliche Willkür, mit der in Österreich inzwischen Politik gemacht und darüber berichtet wird.

Das Kurzzeitgedächtnis regiert

II. Willkürlich war es, wie Alfred Gusenbauer knapp 40jährig an die Spitze der Partei geriet, Willkür war es, die sein erstes Kabinett formte – und eine gewisse Art von Willkür stürzte ihn auch. Wer hinter den sozialdemokratischen Personalentscheidungen der letzten Jahre einen ausgeklügelten Masterplan vermutet, wird enttäuscht werden. Gusenbauer wurde im Februar 2000 in allerletzter Sekunde, überraschend und ohne parteiinterne Debatte von einem fünfköpfigen Männerklüngel nominiert, nach dem sich Karl Schlögl durch den Fall Omofuma unmöglich gemacht hatte und Caspar Einem schon im Vorfeld als zu links ausgeschieden war. Trotz sechs Jahren Oppositionszeit war die SPÖ auf die Machtübernahme im Jahr 2006 nicht vorbereitet – weder personell noch inhaltlich. Ministerposten wurden entweder an einen engen Freundeskreis aus Zeiten der Sozialistischen Jugend (SJ) oder über Nacht an Unbekannte vergeben – Ressortchefs mit Erfahrung, vor allem in der Administrierung der Großen Koalition, fehlten gänzlich. Die Kabinettsarbeit mußte bei Null beginnen: Mitarbeiter und Referenten waren im Vorfeld nicht ausgesucht worden, ein Themenfahrplan für die ersten Monate fehlte. Die SPÖ unter Gusenbauer stolperte ins Kanzleramt.

Nicht viel anders spielte sich der Übergang von ihm zu Faymann ab. ÖGB-Chef Rudolf Hundstorfer, der von der Wiener SPÖ parallel zu Faymann favorisiert wurde (er hätte bei den Nationalratswahlen 2006 schon Spitzenkandidat in Wien sein sollen), Salzburgs Landeschefin Gabi Burgstaller, der immer wieder genannte RTL-Manager Gerhard Zeiler – die Liste der in Frage kommenden Nachfolgekandidaten war so uninspiriert wie überschaubar. Wieder fiel die Entscheidung nicht nach einer breiten Debatte, sondern im engsten Kreis. Beim inzwischen nahezu legendär gewordenen Parteipräsidium am 16. Juni 2008 sollte Gusenbauer zum endgültigen Abdanken bewogen werden. Statt dessen schlug er überraschend eine Doppelspitze vor: Er blieb Kanzler, Faymann solle die Partei übernehmen. Faymann wußte von Gusenbauers Überlegungen, ahnte aber nicht, daß er sie so bald umsetzen wollte.

Bruno Kreisky war noch aus einer Kampfabstimmung gegen Bruno Pittermann als Parteichef hervorgegangen, dieser bestellte Fred Sinowatz zu seinem Nachfolger, der nie einen Hehl daraus machte, daß er das Amt nur aus Parteidisziplin übernahm und es bei erster Gelegenheit an den ihm geeignet scheinenden Franz Vranitzky abtrat. Der Übergang zu Viktor Klima verlief bereits nach dem Prinzip »Wer hat die besten Umfragewerte?«. Faymanns flüchtige Attraktivität für die Partei begründete sich schließlich vor allem darauf, daß er in allem ein Kontrastprogramm zu Gusenbauer war: bescheiden statt hochfahrend, stets freundlich statt grantig, immer verbindlich statt deklarierend. Und er brachte die vermeintliche Rückendeckung des Boulevards mit, die er sich in seiner Zeit als Wiener Wohnbaustadtrat mit immensen Inseratenprogrammen erworben hatte,

All das zeigt, daß in der SPÖ – und nicht nur dort – jenseits von langfristigen, strategischen Überlegungen gedacht wurde und wird. Es regieren das Kurzzeitgedächtnis und die Perspektive auf das unmittelbar Aktuelle, ausgerichtet am Spiegel der Medien, die selbst immer kurzatmiger werden und dadurch die Oberflächlichkeit des politmedialen Systems weiter vorantreiben.

Die Medien unterbieten einander

III. Gusenbauers Wahlsieg spielte sich um Umfeld einer Neugründung am österreichischen Medienmarkt ab, die diesen Prozeß noch beschleunigte. Der Start der Tageszeitung »Österreich« von Medienmacher Wolfgang Fellner (»News«) am 1. September 2006 führte zu beispiellosem Dumping auf dem intellektuell ohnehin schon ausgedünnten Boulevardsektor. Auch wenn »Österreich« als Kaufzeitung in den Markt ging, wurde sie im Zuge des aggressiven Marketings der Fellners bald überwiegend gratis verteilt und damit zum unmittelbaren Konkurrenten der Wiener Gratispostille »Heute«, die von Hans Dichands Schwiegertochter Eva Dichand geführt wird, sowie des Stammblasses der Dichand-Familie, der »Kronen-Zeitung«.

Das Ergebnis kann nur als Nivellierungsspirale nach unten bezeichnet werden, in deren Sog sich auch die sogenannten Qualitätsmedien (der ORF als mutmaßliches Leitmedium inbegriffen) treiben ließen. »Sogenannt«, weil sich Tageszeitungen wie der »Standard« oder die »Presse« inhaltlich längst unter das Diktat des Boulevards begeben haben und es den ausgedünnten Redaktionen nur in den seltensten Fällen gelang, durch Eigenleistung jenen Standard der Berichterstattung zu erlangen, den ihr Papierformat eigentlich suggeriert. In Wiener Journalistenkreisen war es über weite Strecken einfach chic, sich über Gusenbauer lustig zu machen. Die Qualitätspresse machte beim Gusenbauerhauen einmütig mit – mit wenigen Ausnahmen wie Armin Thurnher, über den sich prompt die entsprechende Häme ergoß.

Mit diesen besonderen, medialen Rahmenbedingungen hätte sich auch jeder andere Kanzler auseinandersetzen müssen. Sie sind noch keine Erklärung für Gusenbauers schlechte Performance, aber ein wichtiger Teil davon. Die zweite, von Gusenbauer nicht zu beeinflussende Konstante, in der sich sein Scheitern abspielte, war der offene Widerwille seines Koalitionspartners. Er überstieg das gewöhnliche Maß an Konkurrenzdenken innerhalb einer Regierung, weil Gusenbauers Sieg ausgerechnet jene kurze Ära Schüssels beendete, die dem österreichischen Bürgertum als Wiederkehr des goldenen Zeitalters galt. Die Grundstimmung in der Volkspartei nach dem überraschenden Wahlsieg der SPÖ am 1. Oktober 2006 war, daß es sich um einen Irrtum

der Geschichte handle, der möglichst bald zu korrigieren sei. Das war auch die Haltung, mit der die Konservativen in die Koalitionsverhandlungen mit den überrumpelten Sozialdemokraten gingen.

Fassen wir zusammen: Gusenbauer trat also gegen einen denkbar übellaunigen Koalitionspartner und in überhitzter Mediensituation sein Kanzleramt an. Er hatte es verabsäumt, rechtzeitig sein Arbeitsteam zu formieren – was ihn nicht als guten Parteimanager ausweist. Programmatisch blieben aus dem vorangegangenen Wahlkampf erst einmal nur »Umfaller« (Studiengebühren, Eurofighter) über. Einen schwierigeren Start kann man sich kaum vorstellen, dennoch gab es schon härtere, etwa jenen seines Vorgängers Wolfgang Schüssel im Jahr 2000. Warum aber gelang es Gusenbauer – im Gegensatz zu Schüssel – in den folgenden Monaten nicht, seinen Kanzlerbonus auszuspielen?

Gusenbauer wirkt nicht integrativ

IV. Auf der Suche nach Antworten auf diese Frage hört man in der SPÖ vor allem eines: mangelnde Integrationsfähigkeit. Gusenbauers Scheitern begann mit seinem Unwillen, als Moderator zu wirken – nach außen, gegenüber den Medien, wie nach innen, gegenüber seiner eigenen Partei. Er selbst würde es wohl Kompromißlosigkeit gegenüber den Halbinformierten nennen, etwa gegenüber jenen Zeitungsarbeitern, die sich für Halbgötter halten, bloß weil ihre Worte gedruckt werden. Aus seiner Verachtung gegenüber den Sesselklebern in seiner Partei hatte er ohnehin keinen Hehl gemacht. Den SP-Landeshauptleuten warf er »Erste-Reihe-fußfrei-Mentalität« vor: Daumen rauf oder Daumen runter gegenüber dem Bund, um von eigenen Schwachstellen abzulenken. Die Gewerkschafter verschreckte er zuerst mit seiner Vorstellung einer »solidarischen Hochleistungsgesellschaft«, dann zwang er ihre Spitzenfunktionäre – nach dem Bawag-Skandal – aus dem Parlament. Obwohl der Beschluß für diese Trennung nicht nur im Parteipräsidium, sondern auch im Präsidium der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter nach hitziger Debatte fiel, nahmen ihm die Genossen das sehr übel. Den einflußreichen Pensionistenchef Karl Blecha vergraulte er mit seiner Haltung in Sachen Pensionsreform. Am Ende gab es wohl keine Gruppe mehr in der Partei, mit der er es sich nicht verscherzt hatte.

Es wirkt auf den ersten Blick unverständlich: Ein hochintelligenter Mann, belesen, kultiviert, eloquent und witzig, noch dazu jemand, der in einer der fruchtbarsten Nischen des Parteiapparats – in der Sozialistischen Jugend – großgeworden ist, verfügt nach einem halben Leben in der Politik nicht über die Einsicht, daß das Amt des Kanzlers und Parteiobmannes nach einer großen Portion Geduld, Demut und wohl auch vielen Stunden an intellektueller Selbstunterforderung verlangt. Noch schlimmer: Die Einsicht war vermutlich sogar da, aber der Unwille, sich der Mühsal der täglichen Überzeugungsarbeit auszusetzen und gleichzeitig Klagemauer für die Funktionäre zu spielen, war stärker.

Diesen Mangel an sozialer Intelligenz hätten ihm die Partei und die Öffentlichkeit womöglich verziehen, wenn er persönliche Stärke gezeigt hätte. Umso mehr, weil er mit vielen seiner von den Medien flugs als »Fettnäpfchen« qualifizierten Aussagen im Grunde recht hatte. Wie sehr litten die ÖVP-Funktionäre unter der strengen Hand Wolfgang Schüssels, unter dem Diskussionsverbot und der durchhierarchisierten Entscheidungsstruktur. Aber dem ehemals belächelten Mascherlträger war es mit Hilfe

eines eingeschworenen Vertrautenkreises gelungen, seine Spitzenfunktionäre von seinem Wendeweg zu überzeugen. Dahinter standen intensive Gespräche am Telefon, ganze Nachmittage waren für die »Massage« der gewohnheitsmäßig renitenten Landesfürsten reserviert. Von Gusenbauer sind solche gewiß langwierigen Anstrengungen nicht überliefert. Stattdessen gefiel er sich in der Rolle des Intellektuellen am Ballhausplatz, der angeblich Staatsgäste auch mal warten ließ, weil er noch ein paar Seiten eines Romans fertig lesen wollte. Mit einem Wort: Gusenbauer hasardierte.

Gusenbauer verschätzt sich total

V. Rückblickend liest sich die Geschichte immer klarer. Es hätte vermutlich einen Moment gegeben, in dem Gusenbauer sich aus seiner von Anbeginn vertrackten Lage hätte befreien können. Noch während der Koalitionsverhandlungen Ende Oktober 2006, die ÖVP hatte sich gerade wieder eine Auszeit ausbedungen, erklärten sich die Grünen mit einem Mal bereit, eine rote Minderheitsregierung im Parlament zu unterstützen. Die Umfragewerte wiesen Gusenbauer zu diesem Zeitpunkt einen Vorsprung von bis zu sieben Prozent aus, die Schuld am Stillstand wurde eindeutig der ÖVP gegeben. Fast ein Drittel der Wähler konnte sich Neuwahlen vorstellen. Noch heute träumen die Wagemutigen in der SPÖ davon, was gewesen wäre, wenn man damals das Experiment Kreiskys wiederholt hätte: von einer Minderheitsregierung über Neuwahlen zu einer klaren Mehrheit. Aber es siegte die Parteiräson, und wie so oft, der Wunsch Hunderter Funktionäre nach einem sicheren Arbeitsplatz für die nächsten Jahre. Das macht in Zeiten schwindender Ideologien die Hauptkraft (oder besser die Hauptschwäche) der Parteien aus: die Existenzangst der eigenen Mandatare.

Die war es auch, die Gusenbauer, von der ÖVP bereits unter Beschuß, im Herbst des Jahres 2007 auch innerparteilich zunehmend unter Druck brachte. Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg und Oberösterreich (2009), Wien und Steiermark (2010) standen an. Mit Gusenbauer kann das nicht gehen, lautete die simple Logik der Landesfürsten, also muß jemand anderer her. Wenn man bedenkt, daß politische Wechsel in Bundesländern eher die Ausnahme denn die Regel sind, ist das ein billiges Argument, das viel über das Mißverhältnis zwischen Bundes- und Landespolitik in Österreich aussagt.

An diesem Punkt wird Gusenbauer seine mangelnde Integrationsfähigkeit ein zweites Mal zum Verhängnis. Während die Partei bereits schäumte und sich in Schreckstarre vor neuen Umfragen befand, die sie bei nur knapp dreißig Prozent sah (zur Erinnerung: bei den Nationalratswahlen 2008 unter Faymann waren es dann auch nicht mehr als 29,3 Prozent), wähnte er sich noch sicher im Sattel. Das Gespür für seine Genossen war ihm längst abhanden gekommen, daß ihm mit seinem Regierungskoordinator Werner Faymann parteiintern ein wendiger Konkurrent herangewachsen war, fiel ihm erst auf, als dieser ihm und Sozialminister Erwin Buchinger Anfang Juni 2008 bei der Auseinandersetzung um die »Pensionsautomatik« in den Rücken fiel.

Seine darauffolgenden Schachzüge erfolgen mit dem Rücken zur Wand: Beim bereits erwähnten Parteipräsidium am 16. Juni schlägt er Faymann als Parteichef vor – immer noch im Glauben, daß er damit die ÖVP irritieren und sein Amt innerparteilich retten kann. Zehn Tage später schreibt er gemeinsam mit seinem designierten Parteichef jenen berüchtigten Brief an den Herausgeber der »Kronen-Zeitung«, Hans

Dichand, in dem er eine neue, kritische rote Europapolitik ankündigt. Gusenbauer hatte zu diesem Zeitpunkt noch das Gefühl, sich in einer offenen Spitzenkandidatendebatte über den Sommer beweisen zu können. Eine grobe Fehleinschätzung, die die ÖVP mit ihrer »Es reicht«-Neuwahlansage zunichte machte. Sie zementierte Faymann als SPÖ-Chef und Kanzlerkandidaten ein und besiegelt Gusenbauers Ende.

Die Debatte über die Modernisierung des Pensionssystems ist übrigens eines der wenigen Beispiele, bei der so etwas wie eine ideologische Grundausrichtung Gusenbauers durchschimmerte: Dieser Mechanismus, vom Rest der Partei vorschnell als »kalte Pensionsautomatik« stigmatisiert, hätte die Frage der Pensionen politisch »neutralisieren« können, indem man ihre Berechnung an Experten und genau festgelegte Parameter delegiert – und damit auch ein Dilemma der modernen Sozialdemokratie löst. Denn Pensionserhöhung auch bei steigender Lebenserwartung nicht auszuschließen, mag zwar populistisch sein, aber unrealistisch. Hier also hätte der Gusenbauerische Weg zwischen neoliberaler Globalisierung und starkem Sozialstaat liegen können, angeknüpft an seiner leider allzu schnell vergessenen Formulierung einer »solidarischen Hochleistungsgesellschaft«, an seine Überzeugung, daß auch Sozialdemokraten nicht »in Sack und Asche« gehen müssen. Hätte, wohlgemerkt – denn inhaltlich bleiben von ihm andere Marksteine in Erinnerung: allen voran jener Brief an die »Kronen-Zeitung«, der die endgültige intellektuelle Selbstaufgabe Gusenbauers symbolisiert.

Ein Scheitern an sich selbst

VI. Resümee: Mord oder Selbstmord? Die Geschichte kennt keine eindimensionalen Erklärungsmuster. Gerade die »Kronen-Zeitung« reibt sich seit ihrer dubiosen Gründung durch Hans Dichand und den ÖGB-Vize Franz Olah im Jahre 1959 in einer Reihe kampagnenhafter Auseinandersetzungen an der SPÖ-Führung. Auch andere Günstlinge ließ sie immer wieder fallen, doch jener Partei, deren gescheiterte Versuche, den Boulevardmarkt zu kontrollieren, Österreichs mächtigste Meinungsmaschine erst ermöglicht hatten, war die »Krone« in besonderer Widerborstigkeit verbunden. Ähnlich wie Dichand sich Mitte der 1970er Jahre von Kreisky abwandte, hat er nun auch den strahlenden Faymann fallengelassen, kaum ein Jahr, nachdem er ihn an den Platz des unliebsamen Intellektuellen zu hieven half.

Die unappetitliche Melange österreichischer Medienkampagnen und parteipolitischen Taktierens hat Gusenbauer zweifellos schwer zu schaffen gemacht. Letztlich aber scheiterte er an sich selbst. An seinem hartnäckigen Unverständnis dafür, daß das Kanzleramt kein Ort der persönlichen Selbstverwirklichung ist, sondern ein Knochenjob. Daran, daß er seine Talente, seinen Charme und sein Können nur mit jenen teilen wollte, die ihm ebenbürtig erschienen – und alle anderen mit Hochmut, Verachtung und Herablassung strafte. Daran, daß er Risiken falsch einschätzte oder – weit schlimmer – bewußt mit ihnen spielte.